

10.07.2023

## Änderungsantrag zu Unterstützung der „Stuttgarter Erklärung“

Sehr geehrter Herr Fischer,

bitte setzen Sie folgenden Änderungsantrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung:

### Der Magistrat wird beauftragt

a) den Antrag auch an den hessischen Ministerpräsidenten und den Landrat des Wetteraukreises weiterzuleiten

b) der Punkt 8 der Erklärung:

***Verbindliche Integrationsmaßnahmen für erwerbsfähige, aber nicht erwerbstätige Geflüchtete wird gefordert: "Die verpflichtende Tätigkeit im öffentlichen Interesse sollte in den verschiedenen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge, im Alten- und Pflegebereich oder in geeigneten Mangelberufen absolviert werden." Diese verpflichtende Tätigkeit "... sollte mit einem Sprachkurs verbunden werden."***

Mit entsprechend Maßnahmen, Monetär und organisatorisch zu unterstützen. Weiterhin ist eine Unterstützung bei der Bereitstellung von Wohnraum und eine Aufnahme eine koordinierte Arbeitsvermittlung notwendig.

### Begründung:

Der Antrag geht grundsätzlich in die richtige Richtung. Deckt allerdings aus unserer Sicht nur ein Teil, nämlich die Unterbringung ab.

Der nächste Schritt, die Integration/Befähigung der geflüchteten in das Erwerbsleben integriert zu werden fehlt.

Ein erster Schritt dazu sind Sprachkurse, ein weiterer Schaffung von Wohnraum und Aufnahme in eine Arbeitsvermittlung.

Mit freundlichem Gruß

gez. Thomas Görlich